

Freiburger Nationalökonominnen auf dem Weg in den Widerstand: Neue Erkenntnisse über die Rolle des »Professorenausschusses« von 1939¹

Von Daniela Rütter

In der Historiographie über die oppositionellen Freiburger Kreise rund um die Nationalökonominnen Constantin von Dietze, Walter Eucken und Adolf Lampe wird er immer wieder am Rande erwähnt, der so genannte »Professorenausschuß« von 1939. Dabei erscheint er im Kontext der Vorgeschichte der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath, eines der Freiburger Kreise, der 1943 aus einer stillgelegten Arbeitsgemeinschaft der Akademie für Deutsches Recht hervorging. Abgeleitet wird dies im Wesentlichen aus personellen Überschneidungen: Wie die beiden Freiburger Walter Eucken und Adolf Lampe gehörten auch Jens Jessen und Heinrich von Stackelberg beiden Gremien an. Die tradierte Darstellung impliziert, dass es sich um eine von offizieller Seite aus eingerichtete temporäre Institution zur wissenschaftlichen Politikberatung handelte, die von den unabhängig agierenden Professoren genutzt wurde, um Kritik an der eingeschlagenen Richtung der Wirtschaftspolitik zu üben. Die bis dato bekannten Fakten: Reichswirtschaftsminister Funk habe zu Beginn des Krieges ein Gremium von Wirtschaftswissenschaftlern beauftragt, ein Gutachten über das Problem der Kriegsfinanzierung zu erstellen.² Die Arbeit dieses Professorenausschusses, dem außer Eucken, Lampe, Jessen und von Stackelberg noch Wilhelm Hasenack, Rudolf Stucken und Hans Teschemacher angehörten, habe sich quasi unabhängig, auf neutralem Boden vollzogen, im Harnack-Haus, dem Gästehaus der Berliner Universität. Das geheime, »hochpolitische« Gutachten, das dezidiert »antiinflationistische Ratschläge« enthielt, sei, so impliziert es die Überlieferung, aufgrund seiner kritischen Tendenz totgeschwiegen worden und habe keinerlei Wirkung gezeigt. Gestützt wurde diese Deutung des Professorenausschusses durch die Aussage eines der Beteiligten, Professor Wilhelm Hasenacks, der berichtete, dass ein an dem

1 Vorliegender Aufsatz fußt auf meiner unter dem Titel »Der Widerstand des 20. Juli auf dem Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der bürgerlichen Opposition gegen Hitler« veröffentlichten Dissertation. Paderborn 2002.

2 Dagmar RÜBSAM/Hans SCHADEK (Hg.), Der »Freiburger Kreis«. Widerstand und Nachkriegsplanung 1933–1945. Katalog einer Ausstellung, Freiburg i.Br. o.J. [1989], S. 91f.; Christine BLUMENBERG-LAMPE, Einführung in die Edition, in: *Der Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Referate, Protokolle, Gutachten der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath 1943–1947*, bearb. v. Christine BLUMENBERG-LAMPE, Stuttgart 1986, S. 23.

Abend der Unterzeichnung des Gutachtens geplanter Empfang beim Reichswirtschaftsminister unter irgendeinem Vorwand kurzfristig abgesagt worden sei.³ – Der Professorenausschuss war nach dieser Sicht lediglich eine kurze Episode der Widerstandsgeschichte der Freiburger Kreise.

Viele Fragen lässt diese Darstellung indes unbeantwortet. So bleibt verborgen, wo aufseiten der Freiburger NationalökonomInnen potentielle Motive lagen, die sie dazu bewogen, sich an einem Ausschuss des Reichswirtschaftsministeriums zu beteiligen, also letztendlich mit einer offiziellen Stelle des Regimes zu kooperieren. Schließlich setzten sie sich gleichzeitig im schon seit 1938 tagenden Freiburger Konzil kritisch mit diesem Regime auseinander, und es wird bisher zumeist behauptet, die an den Freiburger Kreisen Beteiligten hätten sich im »Dritten Reich« in die »innere Emigration« zurückgezogen.⁴ Auch die mit der Einrichtung des Professorenausschusses aufseiten des Reichswirtschaftsministeriums verbundenen Intentionen lagen bisher im Dunkeln. Wie kam es überhaupt zur Einberufung dieses Gremiums, das dann eine unbequem-kritische Stellungnahme verfasste?

Bisher nicht berücksichtigte Quellen aus dem Nachlass Adolf Lampes sowie Schriftstücke aus den Akten des Reichswirtschaftsministeriums ermöglichen es, die Entstehung und den Verlauf des Professorenausschusses en détail nachzuzeichnen. Die bisherige Überlieferung wird dabei in entscheidenden Punkten revidiert. Die Einordnung in die Geschichte der Freiburger Kreise macht evident, dass der Professorenausschuss weit mehr als eine kurze Episode der Widerstandsgeschichte ist. In vielfacher Hinsicht ist seine Geschichte bedeutungsvoll: Sie ist nicht nur ein instruktives Beispiel für die spezifischen nationalökonomischen Auffassungen der Freiburger NationalökonomInnen und ihre daraus hervorgehenden Aktivitäten, wobei insbesondere die maßgebliche treibende Rolle Lampes ins Licht rückt. Dem Professorenausschuss kommt eine Schlüsselbedeutung für die Rolle der Freiburger im Widerstand zu, da hier Grundlagen für die Kontakte der Freiburger NationalökonomInnen zum Kreis der engeren Verschwörung des 20. Juli 1944 gelegt wurden.

Die Konstituierung des Professorenausschusses – Adolf Lampe als Initiator

Es war nicht Reichswirtschaftsminister Funk, der den Anstoß zur Konstituierung des Professorenausschusses gab, auch wenn dies das Anschreiben der

3 Olaf TRIEBENSTEIN, *Vorbemerkung*, zu: Adolf LAMPE, *Preisbindung und Rationierung als Mittel zur Ausschaltung von Inflationenwirkungen*, in: *Sozialökonomie in politischer Verantwortung. Festschrift für Joachim Tiburtius*, hg. von Olaf TRIEBENSTEIN, Berlin 1964, S. 181f.

4 Ulrich KLUGE, *Der »Freiburger Kreis« 1938–1945. Personen, Strukturen und Ziele kirchlich-akademischen Widerstandsverhaltens gegen den Nationalsozialismus*, in: *Freiburger Universitätsblätter*, H. 102, Dezember 1988, S. 35f.

Professoren an den Minister nahe legt, das dem Gutachten vorausging.⁵ Darin heißt es: »Sie haben uns den Auftrag erteilt, uns als Wissenschaftler zu der Wirtschaftslage, den daraus zu ziehenden Folgerungen und insbesondere auch zu den Fragen der Kapitalbildung und dem Finanzierungsproblem gutachtlich zu äußern.«⁶ Anders als in der Forschung bisweilen dargestellt, ging die Initiative zu dem Ausschuss auch nicht auf Jens Jessen⁷ oder auf die des Ministerialdirektors im Reichswirtschaftsministerium und Mitglieds des Reichsbankdirektoriums, Kurt Lange,⁸ zurück und war ebenso nicht allein der Anregung von Ministerialrat Dr. Paul Josten⁹ zu verdanken. Vielmehr wurde der Ausschuss nach hartnäckigen Interventionsversuchen Lampes ins Leben gerufen. Er hatte seit 1934 den verschiedensten Stellen einen Vorschlag zur Einberufung einer »Konferenz der Volkswirte« (erfolglos) unterbreitet – so dem NS-Juristenbund, der Reichsleitung der NSDAP und einem Oberstleutnant im Reichskriegsministerium.¹⁰

Die Fakten: Im März 1939 ließ Lampe durch seinen Assistenten drei Exemplare seines Vorschlags an Ministerialrat Josten im Reichswirtschaftsministerium senden, mit dem er bereits zuvor auf dem Korrespondenzweg über das Thema Kreditschöpfung diskutiert hatte. Zwei Monate später fragte er nach, ob die Konferenz stattfinden werde.¹¹ Anfang September war es dann

5 Vollständige Exemplare des Gutachtens befinden sich im Nachlass Adolf Lampes (die 15. Ausfertigung des Gutachtens), ACDP 01-256-025, in den Akten des Reichswirtschaftsministeriums (die 6. Ausfertigung ohne Minderheitsvoten), BA R 7/4236, Bl. 351-400 und im Nachlass von Johannes Popitz (die 1. Ausfertigung des Gutachtens sowie die im NL Lampes nicht vorhandenen Vorgutachten von Hasenack, Jessen, Stucken und Teschemacher), BA NL 262/106; ein Teil des Gutachtens ist publiziert in: Hans MÖLLER (Hg.), *Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark. Die Währungsreformpläne 1945–1948*, Basel-Tübingen 1961, S. 25–37; ein Teilgutachten Lampes zum Thema »Preisbindung und Rationierung als Mittel zur Ausschaltung von Inflationswirkungen« ist gedruckt bei O. TRIEBENSTEIN, *Sozialökonomie* (wie Anm. 3), S. 181–193.

6 Von Eucken, Hasenack, Jessen, Lampe, von Stackelberg, Stucken und Teschemacher gezeichnetes Schreiben an Funk vom Dezember 1939 (ACDP 01-256-025).

7 Vgl. Hans MÖLLER, *Heinrich von Stackelberg – Leben und Werk*, in: *Heinrich von Stackelberg. Gesammelte wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen*, hg. v. Norbert KLOTEN/Hans MÖLLER, Bd. 1, Regensburg 1992, S. 20*.

8 Gerhard SCHULZ, *Über Johannes Popitz (1884–1945)*, in: *Der Staat*, 24 (1985), S. 500.

9 Christine BLUMENBERG-LAMPE, Einführung (wie Anm. 2), S. 23, Anm. 20. Dr. Paul Josten (1883–1974) war seit 1920 im Reichswirtschaftsministerium tätig. 1946 wurde er stv. Geschäftsführer des Zonenbeirats Hamburg und Preiskommissar beim Länderrat Stuttgart, von 1947 bis 1948 war er MinDir. bei der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes.

10 Lampe an die Reichsleitung der NSDAP, z.H. Max Beust, 2.1.1936 (in diesem Schreiben findet sich ein Verweis darauf, dass der Vorschlag etwa eineinhalb Jahre zuvor »ohne Erfolg« beim Nationalsozialistischen Deutschen Juristenbund eingereicht worden war), ACDP 01-256-006; Lampe an Oberstleutnant von Belli, Reichskriegsministerium, 13.3.1937, Ebd. 034/4, vgl. dazu die Korrespondenz, Ebd. 034/4.

11 Ebd. 025.

soweit. Via Rundschreiben, das als »vertraulich« klassifiziert wurde und von Ministerialdirektor Kurt Lange unterzeichnet war, dem Leiter der Hauptabteilung IV, zu dem das Referat 3 »Steuerpolitik, Grundsatzfragen volkswirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Art, Währungsfragen, Geldverfassung« unter Josten gehörte¹², erging die Einladung zu einer »Aussprache über die Aufgabenstellung und die Art der Zusammenarbeit« an die Professoren.¹³ Begründet wurde die Einladung damit, dass sich das Reichswirtschaftsministerium zur Behandlung der ihm gestellten »vordringlichen Fragen«, der »Steigerung der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft« und der »Pflege des Kapitalmarkts einschließlich der Lösung der Finanzierungsprobleme«, der »Mitarbeit namhafter Wirtschaftswissenschaftler versichern« wolle.

Wie aus einem vermutlich von Josten stammenden dreiseitigen Schriftstück hervorgeht, das im Vorfeld der konstituierenden Sitzung des Professorenausschusses am 14. September 1939 anzusiedeln ist und Zweck, Zusammensetzung, Thema, wirtschaftspolitische Voraussetzungen sowie Bedingungen und Durchführung der Zusammenarbeit innerhalb des Ausschusses umriss, lehnte sich die Struktur des Gremiums eng an Lampes Vorschlag für eine »Volkswirtekonzferenz« an.¹⁴ Nach dem ursprünglichen Vorschlag Lampes sollte die aus einer Auswahl aller derjenigen Dozenten der Volkswirtschaftslehre, die »praktisch dienliche Vorschläge« zur Lösung wirtschaftspolitischer Probleme machen könnten bzw. bereits gemacht hätten, zusammengesetzte und unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagende Arbeitsgemeinschaft zur Lösung damaliger (wehr)wirtschaftspolitischer Probleme Denkschriften ausarbeiten, die – ohne Nennung der jeweiligen Verfasser – ausschließlich den zuständigen Ressorts zur Verfügung gestellt werden sollten. Angesichts der Pflicht und des Anspruchs (sic!) der Wirtschaftswissenschaft darauf, »ihren Dienst zu leisten«, sollte der Einzelne hinter der Gesamtaufgabe zurücktreten. Jedoch sah Lampe vor, dass auch Minderheitsgutachten und Einzelvoten zulässig seien, sofern sie »eindeutig pessimistischer gehalten sind als die Hauptgutachten«.¹⁵

Bei der Konstituierung des »Professorenausschusses« wurde auf ein sämtliche Dozenten der Volkswirtschaftslehre umfassendes Auswahlverfahren verzichtet – wobei die Beschränkung des Mitarbeiterkreises in offensichtlicher Auseinandersetzung mit dem Vorschlag Lampes mit dem Kriegszustand und der eingeschränkten Möglichkeit zu aktiver Mitarbeit gerechtfertigt wurde. In

12 Geschäftsverteilungsplan vom 5.4.1939 (BA R 7/6, Bl. 80).

13 Schreiben Langes vom 8.9.1939 (ACDP 01-256-025).

14 O.V., *Betr.: Professorenausschuß am Donnerstag, den 14. Sept. 1939, vorm. 11 U., Sitzungssaal I. Stock*, Ebd.

15 Adolf LAMPE, *Vorschlag eines Wirtschaftstheoretikers betr. Einberufung einer Konferenz der Volkswirte, Anlage zu »Möglichkeiten marktlicher Wehrwirtschaftspolitik und herrschende Wirtschaftsauffassung (etwa 1937)*, Ebd. KO34/4 (7).

deutlicher Parallele zu Lampes Vorschlag wurde als Voraussetzung der Zusammenarbeit u. a. bestimmt, dass kein »persönlicher Ehrgeiz« ins Spiel kommen dürfe und der Einzelne nach außen nicht herausgestellt werden könne. Außerdem wurde neben einem Gesamtgutachten auch die Möglichkeit eingeräumt, dass Minderheitsvoten verfasst werden könnten, »falls jemand die Entwicklung ungünstiger sieht als die Gesamtheit oder einen weitergehenden Vorschlag zu machen hat«. ¹⁶ Schließlich verriet auch die Definition des Zwecks des »Professoren Ausschusses« den Einfluss Lampes. So wurde nicht nur bestimmt, dass der Ausschuss der »Auswertung der theoretischen und praktischen Kenntnisse aus dem Erfahrungsbereich der Universitätslehrer« und der »Einschaltung der Wissenschaft bei der Planung wirtschaftspolitischer Maßnahmen« dienen sollte, sondern auch, dass die Gelegenheit gegeben werden sollte, »unter Beweis zu stellen, dass die volkswirtschaftliche Theorie keineswegs unfruchtbar ist«. Seine Legitimation erhielt der Ausschuss durch die Aussage, er solle die »Arbeit des Verwaltungsbeamten« ergänzen, »dem die Zeit fehlt, sich auf sämtlichen Gebieten so eingehend zu orientieren wie der wissenschaftliche Spezialist auf seinem jeweiligen Arbeitsgebiet«. ¹⁷

Der Hintergrund: Versuch der Determinierung der Wirtschaftspolitik

Lampes von einem Ethos dienender »staatsbürgerlicher Pflichterfüllung« ¹⁸ getragenes Engagement stand in Kontinuität zu seinen schon zu Beginn der dreißiger Jahre verfolgten Versuchen, Einfluss auf die Wirtschaftspolitik zu nehmen. Der von einem rastlosen Wirkungswillen getriebene Nationalökonom richtete 1931 diverse Eingaben an die politische Administration – darunter auch einen Vorschlag, der das Wirtschaftsprogramm der Regierung von Papen teilweise antizipierte. 1933 setzte er seine Bemühungen fort, indem er das Reichswehrministerium von der Notwendigkeit einer »marktlichen Wehrwirtschaftspolitik« zu überzeugen versuchte. ¹⁹ Erstmals Früchte trugen Lampes Bemühungen dann mit der Konstituierung des Professoren Ausschusses im September 1939.

Die Erkenntnis, dass die Freiburger Professoren, insbesondere Lampe, in der Geschichte des Professoren Ausschusses keine reaktive, sondern eine aktive Rolle spielten, stellt historiographische Deutungen in Frage, die die Kooperationen mit staatlichen Stellen als »taktische Kompromisse« mit dem Regime

16 O.V., *Betr.: Professoren Ausschuss* (wie Anm. 14).

17 Ebd.

18 So die Formulierung von Lampe in einem Bericht an das Rektorat der Universität Freiburg vom 26. Mai 1933, den er gemäß § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (politische Unzuverlässigkeit) abzugeben hatte. Universitätsarchiv Freiburg, Personalakten Adolf Lampe, Bl. 26 ff.

19 Vgl. D. RÜTHER (wie Anm. 1), S. 75f. und S. 116ff.

interpretieren, die sich nicht vermeiden ließen.²⁰ Die Freiburger Professoren zogen sich nach 1933 nicht in die Forscherstube oder gar ins Private zurück. Trotz der einschneidenden Veränderungen infolge der Gleichschaltung und trotz des massiven Gesinnungsdrucks, dem die nach dem Personalschub an den Hochschulen verbliebenen Professoren und Dozenten ausgesetzt waren, gingen sie nicht in die »innere Emigration«²¹, sondern intervenierten rege in den wissenschaftlichen Disput.²² Besonders unerschrocken zeigte sich wiederum Lampe, der 1933 gar öffentlich in seiner Vorlesung »innerlich gewisse Vorbehalte« gegenüber dem Nationalsozialismus geltend machte und konsequent seine Auffassungen verteidigte, woraufhin er wiederholt denunziert wurde, weil er »liberalistische« Anschauungen vertrete. Für Lampe, der sich dagegen mit Duellforderungen und mit dem Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sich selbst zur Wehr setzte, blieb dieser Kampf nicht ohne berufliche Folgen: wiederholte Anträge auf Ernennung zum persönlichen Ordinarius wurden immer wieder abgelehnt bzw. zurückgestellt. Auch Franz Böhm und von Dietze hatten existenzgefährdende Konflikte mit dem Nationalsozialismus auszufechten. Aufgrund einer kritischen Äußerung zur »Judenpolitik« wurde Böhm denunziert und das folgende Dienststrafverfahren endete mit seiner Entlassung aus dem Hochschuldienst. Von Dietze war 1937 im Zusammenhang mit seinem Engagement für die Bekennende Kirche von der Gestapo verhaftet worden.

Aus der Retrospektive betrachtet scheint die Gleichzeitigkeit von oppositioneller Aktivität und mit Vehemenz betriebenen Kooperationsangeboten an offizielle Stellen ein widersprüchlicher Befund zu sein, bedeutete dies doch, an dem Fortbestand des kritisch betrachteten und späterhin bekämpften Regimes aktiv mitzuwirken. Bisweilen hat diese Beobachtung dazu geführt, das Verhalten der Freiburger Professoren einseitig als Beleg der »weitgehenden Anpassung des Liberalismus an den Faschismus« zu interpretieren oder ihnen gar ihre oppositionelle Tätigkeit ganz abzusprechen.²³ In der Forschung zum Widerstand besteht indes ein weitgehender Konsens darüber, dass der Weg in den Widerstand nicht ohne Friktionen verlief und pauschale Zuordnungen angesichts des Faktums, dass mit allen Formen von Teilkritik und Gegnerschaft

20 So U. KLUGE (wie Anm. 4), S. 36, 38.

21 Vgl. dagegen EBD. S. 24.

22 Vgl. auch für das Folgende: D. RÜTHER (wie Anm. 1), S. 77ff.

23 Vgl. Robert NAUMANN, *Theorie und Praxis des Neoliberalismus. Das Märchen von der freien oder sozialen Marktwirtschaft*, Berlin (Ost), 1957, S. 71; Dieter HASELBACH, *Autoritärer Liberalismus und die Soziale Marktwirtschaft. Gesellschaft und Politik im Ordoliberalismus*, Baden-Baden 1991, S. 79, der aufgrund der Schriftenreihe »Ordnung der Wirtschaft« und weiterer Publikationen Einspruch gegen die spätere vermeintliche »Selbsteinordnung« der Freiburger Professoren als Widerstandskämpfer erhebt.

auch »situationsbedingte und temporär schwankende Gleichschaltungsphänomene« verbunden waren, vielfach irreführend sind.²⁴

Jedoch vermag auch dieses Erklärungsmuster im Falle der »Freiburger« nicht ganz zu greifen. Es ging hier nicht um Selbstgleichschaltung und im engeren Sinne um Kooperationsangebote an offizielle administrative Stellen. Die Bestrebungen der Freiburger zielten nicht auf eine wissenschaftliche Politikberatung auf der Basis eines Dialogs zwischen Wissenschaft und Politik, sondern hier lag ein ‚technokratisches Modell der Politikberatung‘ (Habermas) vor.²⁵ Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass die Politik zum Vollzugsorgan der Wissenschaftler gemacht werden, ihr nur eine fiktive Entscheidungstätigkeit belassen bleiben sollte. Hinter den Interventionsversuchen stand keine Kooperations-, sondern eine Manipulationsabsicht. Die Nationalökonomien intendierten, ihre spezifischen Wirtschaftsauffassungen durchzusetzen.

Um diese Hintergründe der Geschichte des Professorenausschusses zu erhelten, muss der Fokus über die persönlichen Dispositionen Lampes hinweg erweitert und der Blick auf die Forschungs- und Lehrgemeinschaft von Juristen und Nationalökonomien an der Freiburger Universität gerichtet werden, in deren Rahmen seit 1933 eine spezifische nationalökonomische Theorie entwickelt wurde, deren Grundlagen Walter Eucken und Alexander Rüstow schon in der Zeit der Weltwirtschaftskrise gelegt hatten. Die nach 1945 so genannte ordoliberalen Theorie, die nach der zeitgenössischen Terminologie treffender als Leistungswettbewerbstheorie zu bezeichnen ist, war genuin verbunden mit einem qua Leistungsprinzip verbundenen Führungsanspruch der Nationalökonomien, der die Professoren geradezu dazu verpflichtete, eine aktive Rolle in der Wirtschaftspolitik zu spielen.²⁶ Publizistischen Ausdruck fand dieser Anspruch in der Mitte der dreißiger Jahre ins Leben gerufenen Schriftenreihe »Ordnung der Wirtschaft«.²⁷ Sie war nur auf den ersten Blick ein Zeugnis des Methodenstreits innerhalb der Nationalökonomie. Adressiert war sie nicht allein an die Wissenschaft, sondern auch an die nationalsozialistische Führung. Ganz offen empfahlen sich die Professoren, überzeugt von ihrer besonderen,

24 Hellmut SEIER, *Die Hochschullehrerschaft im Dritten Reich*, in: *Deutsche Hochschullehrer als Elite 1815–1945*, hg. v. Klaus SCHWABE, Boppard 1988, S. 250f.; Hans MOMMSEN, *Der Widerstand gegen Hitler und die deutsche Gesellschaft*, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 241 (1985), S. 95.

25 Jürgen HABERMAS, *Verwissenschaftlichte Politik und öffentliche Meinung*, in: DERS., *Technik und Wissenschaft als »Ideologie«*, Frankfurt/M. 1969, S. 122f.

26 Vgl. D. RÜTHER (wie Anm. 1), S. 21ff.

27 Es erschienen: Heft 1: Franz BÖHM, *Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung*, Stuttgart-Berlin 1935; Heft 2: Friedrich LUTZ, *Das Grundproblem der Geldverfassung*, Stuttgart-Berlin 1936; Heft 3: Hans GESTRICH, *Neue Kreditpolitik*, Stuttgart-Berlin 1936; Heft 4: Leonhard MIKSCH, *Wettbewerb als Aufgabe. Die Grundsätze einer Wettbewerbsordnung*, Stuttgart-Berlin 1937.

von partikularen Interessen ungetrübten Urteilskompetenz, als wirtschaftspolitische Berater, die »die wissenschaftliche Vernunft, wie sie in der Jurisprudenz und in der Nationalökonomie zur Entfaltung kommt, zum Aufbau und zur Neugestaltung der Wirtschaftsverfassung zur Wirkung bringen« wollten,²⁸ denn sie seien »durch ihren Beruf und ihre Position außerhalb der wirtschaftlichen Interessen die einzigen objektiven, unabhängigen Ratgeber, die der staatlichen Wirtschaftspolitik und der öffentlichen Meinung einen zutreffenden Einblick in die schwierigen Zusammenhänge des Wirtschaftslebens geben und damit die Grundlage für die wirtschaftspolitische Urteilsbildung liefern können«.²⁹ Es ging um den politischen Anspruch, den Disziplinen der Rechtswissenschaft und Nationalökonomie »wieder den ihnen gebührenden Platz im Leben der Nation« zurückzuerobern, nämlich »ihre Führerstelle im öffentlichen Leben«, die sie erst im Verlauf des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts eingeübt hätten.³⁰

Zwar war dieses Bestreben, die Wirtschaftspolitik zur angewandten Wirtschaftswissenschaft zu machen, ein schulen- und richtungübergreifendes Charakteristikum der zeitgenössischen Nationalökonomie³¹, doch unterschieden sich die Vertreter der Leistungswettbewerbstheorie insofern, als sie einer ganz bestimmten Wirtschaftsordnung zur Realisierung verhelfen und damit gleichsam ihren politischen Einfluss als Leitinstanz institutionalisieren wollten. Angesichts des nationalsozialistischen Postulats des Primats der Politik war hier

28 Franz BÖHM u. a., *Unsere Aufgabe* (Geleitwort der Herausgeber zur Schriftenreihe *Ordnung der Wirtschaft*), in: F. BÖHM, *Die Ordnung der Wirtschaft* (wie Anm. 27), S. XVIII.

29 EBD. S. VII.

30 EBD. S. VII, VIII.

31 Die Tendenz der Nationalökonomien, den eigenen politischen Wirkungskreis zu vergrößern, war in gewisser Weise eine Antwort auf die nationalsozialistische Politisierungsforderung, die den Anspruch größerer Praxisnähe mit einschloss. Das tendenziell technokratische Streben eines Großteils der Nationalökonomien nach einem Einfluss auf die Wirtschaftspolitik, das mit dem Übergang der Wirtschaftspolitik zu immer offeneren Formen der Wirtschaftslenkung und vollends mit der Kriegswirtschaft, wodurch sich der Nationalökonomie ein weites Feld für wissenschaftliche Politikberatung zu erschließen schien, forciert wurde, ist auch als Bemühen um eine Aufwertung der eigenen Disziplin zu verstehen, denn die Nationalökonomie nahm im Spektrum wissenschaftlicher Disziplinen nur einen niedrigen Rang ein. Zudem gab es aufgrund des Juristenmonopols in der Verwaltung für die Absolventen kein spezifisches Berufsbild. Vgl. dazu: Harald WINKEL, Art.: *Wirtschaftswissenschaft, I: Geschichte*, in: *Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften*, Bd. 9, S. 413–425; Erhard STÖLTING, *Akademische Soziologie in der Weimarer Republik*, Berlin 1986, S. 227–237; als Beispiele für das Verlangen, in den Prozess der wirtschaftspolitischen Willensbildung miteinbezogen zu werden vgl. Jens JESSEN, *Über die Aufgaben der Volkswirtschaftslehre*, in: *Schmollers Jb.*, 63. Jg., H.1 (1939), S. 1–13, und Günter SCHMÖLDERS, *Wirtschaftslenkung als angewandte Wirtschaftswissenschaft. Festrede gehalten bei der Feier des Tages der nationalen Erhebung verbunden mit der feierlichen Immatrikulation für das Trimester 1941 am 29. Januar 1941*, Köln 1941.

bereits in der Theorie Konfliktpotential von großer Sprengkraft angelegt, denn das Ideal, der zur Norm erhobene Leistungswettbewerb, war damit schlechthin unvereinbar. Schließlich war – wie auch ein Rezensent in der lebhaften Debatte nach Erscheinen der ersten Beiträge der Schriftenreihe hervorhob – das nicht vorhersehbare Resultat des Auspendelns des Marktes im Zustand der vollständigen Konkurrenz nicht per se gleichbedeutend mit den politisch gesetzten Zielen.³²

Der Professorenausschuss: Instrument in den Machtkämpfen der NS-Polykratie

In der Konstituierung des Professorenausschusses manifestierte sich jedoch nicht nur der Wirkungswille der Professoren. Sie ist auch ein Zeugnis für die aus der NS-Polykratie resultierenden Machtkämpfe. Lampes Vorschlag zur Einberufung einer »Konferenz der Volkswirte« fiel auf fruchtbaren Boden, weil er offensichtlich gelegen kam, um die Position des Reichswirtschaftsministeriums, und hier insbesondere die von Ministerialrat Josten, der als zuständiger Referent der Abteilung Kredit mit der Frage der Kriegsfinanzierung befasst war und diverse Stellungnahmen zu entsprechenden Denkschriften verfasste³³, in der laufenden Diskussion über die Kriegsfinanzierung zu stärken. Als eine Voraussetzung der Zusammenarbeit wurde eigens fixiert, dass die Arbeiten des Ausschusses nicht »aus ressortmäßigen Zuständigkeitsfragen« beschränkt werden sollten, dass vielmehr die Klärung der Zuständigkeitsfrage nachher Aufgabe des Reichswirtschaftsministeriums sei.³⁴

Warum gerade die Freiburger Nationalökonomien zum Professorenausschuss hinzugezogen wurden, macht der Blick auf die wirtschaftspolitischen Anschauungen von Ministerialrat Josten plausibel, die nicht sehr weit entfernt waren von denen der Vertreter der Leistungswettbewerbstheorie. In seiner Stellungnahme zu einer Denkschrift aus dem Reichsfinanzministerium lehnte er vehement inflatorische Mittel der Kriegsfinanzierung ab und votierte dafür, die erforderlichen Aufwendungen durch Steuern und Anleihen zu erbringen. Zudem präferierte Josten die Lenkung der Wirtschaft durch den Preis und den privatwirtschaftlichen Gewinn, um die »für den staatspolitischen Bedarf erforderlichen Produktionsfaktoren« sicherzustellen.³⁵ Verwunderlich ist die Parallelität in den Auffassungen nicht, schließlich hatte Ministerialrat Josten, der

32 Hans PETER, *Norm und Theorie. Bemerkungen zu den Fragen der ›Ordnung der Wirtschaft‹*, in: *Finanzarchiv NF*, Bd. 6 (1939), S. 352.

33 Siehe BA R 7/4236.

34 O.V., *Betr.: Professorenausschuß* (wie Anm. 14).

35 So Jostens »Vorläufige Stellungnahme« (BA R 7/4236, Bl.125) zur als Geheime Reichssache klassifizierten Denkschrift von Staatssekretär Fritz Reinhardt (RFM) über »Die Möglichkeiten der Kriegsfinanzierung«, datiert 22.7.1939 (BA R 7/4236, Bl. 50–72).

lange Zeit das Kartellreferat im Reichswirtschaftsministerium leitete, indirekten Anteil an der Entstehung der Leistungswettbewerbstheorie³⁶: Franz Böhm sammelte als Referent im Reichswirtschaftsministerium unter seiner Leitung die praktischen Erfahrungen auf dem Gebiet des Kartellrechts, die er in seiner Habilitationsschrift umsetzte, welche er »in Dankbarkeit und Verehrung« seinem früheren Vorgesetzten widmete.³⁷

Aus dem im Nachlass Lampes erhaltenen Schriftwechsel zwischen Josten und Lampe geht hervor, dass der Ministerialrat die treibende Kraft des Professoren Ausschusses war. Ihm war nicht nur daran gelegen, dass die Arbeit des Ausschusses schnell abgeschlossen wurde, sondern auch daran, dass überhaupt ein Gesamtgutachten zustande kam. Diesem sollte außerdem aus taktischen Gründen erkennbar der Stempel aufgedrückt sein, »dass es die Eigenarten einer partiell gelenkten Wirtschaft erkannt hat und in seine Schlussfolgerungen einbezieht«, womit es »Aussichten auf ernste Würdigung« hätte. Angesichts der mangelnden Resonanz auf das Gutachten interpretierte Lampe späterhin die »Anpassung« an die »Einstellung« des Auftraggebers als »eine Sünde wider den Geist der Wissenschaft«. Nach Lampe hatte das Endgutachten »bei weitem nicht das ›wissenschaftliche Gesicht‹, das jeder Fachkennner, er mag nun diesen oder jenen Standpunkt vertreten, dem ursprünglich von uns eingereichten Gutachten zubilligen müsste.«³⁸

Nicht nur das Reichswirtschaftsministerium intendierte, den Professoren Ausschuss für sich zu nutzen, auch von anderer Seite wurde versucht, die Arbeit des Ausschusses für eigene Zwecke zu instrumentalisieren: Der Preußische Finanzminister Johannes Popitz nutzte die Professoren, um seinem Vorschlag der Einführung einer Kleinhandelssteuer ein größeres Gewicht zu verleihen. Nach seiner Darstellung hatte er bei einer Unterhaltung mit dem Reichswirt-

36 Josten blieb bis in die frühe Bundesrepublik den Leistungswettbewerbstheoretikern verbunden. Unter seiner Leitung entstand 1946 der »Entwurf zu einem Gesetz zur Sicherung des Leistungswettbewerbs und zu einem Gesetz über das Monopolamt«. Zu dem Kreis von Sachverständigen, die den Entwurf erarbeiteten, gehörte auch Franz Böhm. Der Entwurf, der nach langjährigen Vorarbeiten im Juli 1949 dem Direktor der Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt, Ludwig Erhard, vorgelegt wurde, enthielt ein absolutes Kartellverbot, eine sehr weit reichende Monopolaufsicht und strenge Entflechtungsvorschriften. Aufgrund seiner bis in die Formulierungen hinein allzu doktrinären Tendenz kam der Entwurf für eine Vorlage an den Gesetzgeber kaum in Betracht. Der Regierungsentwurf zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen baute dennoch in vielem auf dem so genannten »Josten-Entwurf« auf. Vgl. Eberhard GÜNTHER, *Die geistigen Grundlagen des sogenannten Josten-Entwurfs*, in: *Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung*, hg. v. Heinz SAUERMANN u. Ernst-Joachim MESTMÄCKER, Tübingen 1975, S. 183–204; Fritz RITTNER, *Wirtschaftsrecht*, 2. Aufl., Heidelberg 1987, S. 216.

37 Franz BÖHM, *Wettbewerb und Monopolkampf. Eine Untersuchung zur Frage des wirtschaftlichen Kampfrechts und zur Frage der rechtlichen Struktur der geltenden Wirtschaftsordnung*, Berlin 1933 (Reprint Frankfurt/M. 1964).

38 Josten an Lampe, 12.9.1940, sowie Lampe an Josten, 1.3.1940, ACDP 01-256-025.

schaftsminister die Frage aufgeworfen, »ob es sich nicht empfiehlt, zur Abschöpfung der in den Verbraucherkreisen vorhandenen übermäßigen Kaufkraft eine Steuer auf die Umsätze in die letzte Hand zu legen«. Auf den Wunsch Funks hin habe er dann diese Frage zum Gegenstand einer Besprechung im Professorenausschuss gemacht.³⁹ Josten lud eigens die Professoren für den 21.10.1939 zu einer Sitzung im Preußischen Finanzministerium ein.⁴⁰ Das Ergebnis präsentierte Popitz dem Reichswirtschaftsminister mit der Bemerkung, »dass die in der Besprechung anwesenden Professoren im wesentlichen meiner Ansicht beigetreten sind«. ⁴¹ Die vorgeschlagene »Kleinhandelssteuer« wurde Anfang Januar 1940 im Rahmen einer Staatssekretärbesprechung zu Fragen der »Kriegsfinanzierung« unter Vorsitz von Reichsminister von Krosigk im Reichsfinanzministerium thematisiert und, »da sie vor Weihnachten politisch nicht tragbar gewesen wäre und nach Weihnachten angesichts des weitgehenden Ausverkaufs als überholt zu gelten habe«, ablehnend beschieden.⁴²

Deutlich wird hier, dass der Professorenausschuss kein isoliert arbeitendes, unabhängiges Sachverständigengremium war, sondern dass er innerhalb der NS-Polykratie von mehreren Seiten zu verschiedenen Zwecken, aber immer aus der gleichen Motivation der Stärkung der eigenen Position heraus benutzt wurde. Den beteiligten Professoren gelang es nicht, den Ausschuss in ein unabhängig arbeitendes Gremium zu verwandeln. Wie Details der organisatorischen Durchführung evident machen, bedingte die Mitarbeit in dem Ausschuss ein beträchtliches Maß an Anpassung und Kooperation mit staatlichen Stellen: Die Sitzungen des Ausschusses fanden unter der Leitung von Ministerialrat Josten statt, und Tagungsort war nicht ausschließlich das Harnack-Haus, sondern, wie aus den vorhandenen Einladungsschreiben hervorgeht, auch das Reichswirtschaftsministerium und das Preußische Finanzministerium. Im Harnack-Haus tagte bis zum 1. November 1939 ein aus Lampe und Eucken bestehender »Rumpfausschuß«, der den endgültigen Gutachtentext »mit verschiedenen wichtigen Anlagen« erstellte.⁴³ Zuvor waren nach der konstituierenden Sitzung des Ausschusses im Reichswirtschaftsministerium in Berlin zunächst Einzelgutachten verfasst worden.⁴⁴ Auf Druck von Josten wurde dann das Gesamtgutachten formuliert.

39 Schreiben des Preußischen Finanzministers Popitz an Funk (Geheime Reichssache) vom 26.10.1939, BA R 7/4236, Bl. 233.

40 Josten an Lampe, 18.10.1939, ACDP 01-256-025.

41 Popitz an Funk, 26.10.39 (wie Anm. 39).

42 Protokoll der Besprechung vom 3.1.1940, BA R 7/4236, Bl. 445.

43 Brief Euckens an Ritter vom 2.11.[1939], BA NL 166 (Ritter)/487.

44 W. EUCKEN und A. LAMPE, *Kriegsfinanzierung durch Geldvermehrung*, 23.9.1939 (ACDP 01-256-025), A. LAMPE, *Gutachtennachtrag zu: Kriegsfinanzierung durch Geldvermehrung (Eucken und Lampe): Preisbindung und Rationierung als Mittel zur Ausschaltung von Inflationseffekten*, 26.9.1939, Ebd., gedruckt bei: O. TRIEBENSTEIN, *So-*

Das Professorengutachten: offene Kritik an der NS-Wirtschaftspolitik

Obwohl das Endgutachten vom »Radikalismus der ursprünglichen Formulierungen« – so Lampe – gereinigt wurde, enthielt es dennoch eine geharnischte Kritik an jeglicher Art von inflationärer Kriegsfinanzierung und an dem bestehenden Finanzierungssystem, das als eine »Abart« der »Vorfinanzierung« als Kriegsfinanzierungsmittel« gekennzeichnet wurde.⁴⁵ Das Gutachten stellte klar, dass offene oder verdeckte Geldschöpfung jeder Art als Finanzierungsmittel ausscheiden und der Krieg nur durch Steuern und Anleihen finanziert werden sollte.⁴⁶ Ganz im Sinne der spezifischen Auffassungen der Freiburger Nationalökonomien entwarfen die Gutachter ein System der indirekten Wirtschaftssteuerung, das »das private Interesse dem öffentlichen der Volksgemeinschaft« gleichstellen sollte, und forderten in ihrem Anschreiben an den Reichswirtschaftsminister, die praktische Wirtschaftspolitik auf dessen Verwirklichung auszurichten.⁴⁷

Die Gutachter beschränkten sich in ihrer Kritik jedoch nicht auf das Thema »Kriegsfinanzierung«, sondern nutzten die Gelegenheit, um auf die aus der »dualistischen« Struktur des bestehenden Wirtschaftssystems – definiert als fehlende »organische Verbindung zwischen dem marktwirtschaftlichen und dem zentralverwaltungswirtschaftlichen Organisationsprinzip«⁴⁸ – resultierenden Gefahren hinzuweisen. In einer solchen Wirtschaftsstruktur sei die Wirtschaft besonders empfindlich »a) gegen dauernde Abweichungen von dem Grundsatz, daß in unserer Lage der Staat keine Ausgaben machen darf, ohne daß zugleich die Geldmittel im zivilen Bereich um denselben Betrag vermindert werden; b) gegen die Vernachlässigung der Linien der großen Wirtschaftspolitik bei der Anordnung oder Durchführung von Einzelmaßnahmen, wie sie ein Pluralismus wirtschaftslenkender Stellen nur zu leicht zur Folge hat«. Daran knüpften die Professoren die Forderung, den Reichswirtschaftsminister über die formellen Möglichkeiten hinaus in die Lage zu versetzen, »die Notwendigkeit einer einheitlichen Wirtschaftssteuerung allen Ressorts und Stellen gegenüber unmittelbar zur Geltung zu bringen«, d. h. die Polykratie zu beseitigen, um –

zialökonomie (wie Anm.3); W. EUCKEN, o.T. [*Inflation*], 17.10.1939 (ACDP-01-256-025); Jens JESSEN, o.T. [*mit handschriftlicher Überschrift »25.9.39. Abschrift des Gutachtens für Ausschuss Lange RWiMi«*], BA NL 262 (Popitz)/106; Wilhelm HASENACK, *Wie ist die Real-Finanzierung eines langen Wirtschaftskrieges optimal möglich?*, Ebd.; Rudolf STUCKEN, *Reichsbank und Kreditbanken im Dienst der Kriegsfinanzierung* (undatiert), Ebd.; o. V., *Erläuterungen zu Stucken: Geld-, Steuer- und Kreditpolitik im Dienst der Kriegsführung* (undatiert), Ebd.; Hans TESCHEMACHER, *Kriegsfinanzierung, insbesondere Steuerfinanzierung, und Wirtschaftsordnung*, 29.9.39, Ebd.

45 Gutachten, II. Teil, S. 7ff. (ACDP 01-256-025).

46 Ebd. S. 13.

47 W. Eucken u. a., Anschreiben (wie Anm. 6).

48 Gutachten, I. Teil, S. 7.

wiederum ganz im Sinne der Leistungswettbewerbstheorie – eine einheitliche Ausrichtung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu garantieren.⁴⁹

Das Gutachten des Professoren Ausschusses, dem v. a. Eucken und Lampe ihren Stempel aufdrückten⁵⁰, illustriert deutlich den Stimmungswandel der Freiburger Nationalökonomien von einer anfänglichen positiven Erwartungshaltung hinsichtlich der eigenen Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen des autoritären Staates hin zu einer offen kritischen Haltung. Hatten die Herausgeber der Schriftenreihe »Ordnung der Wirtschaft« noch 1936/37 in den Maßnahmen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik ein in ihrem Sinne positives Potential gesehen und sie in dieser Richtung (um)interpretiert, fand sich im Gutachten des Professoren Ausschusses, obgleich der endgültige Text durch die erzwungene Selbstzensur bereits »entschärft« worden war, eine deutlich pessimistische und kritische Einschätzung der Wirtschaftspolitik und wurde offen vor den Gefahren der eingeschlagenen Richtung der Politik gewarnt. Offensichtlich hatte die immer deutlicher werdende wirtschaftspolitische Abwendung von der Zielprojektion der Leistungswettbewerbstheorie, nämlich der staatlich überwachten bzw. veranstalteten Wettbewerbsordnung, den Professoren die Augen geöffnet. Wie Günter Schmolders in der Retrospektive formulierte, musste spätestens im Frühjahr 1938 »jedem wirtschaftswissenschaftlich Geschulten der wahre Kurs der Hitlerregierung mit erschreckender Deutlichkeit sichtbar werden.«⁵¹

Der kritische Ton war jedoch nicht ursächlich dafür verantwortlich, dass das Professorengutachten offiziell nicht gewürdigt wurde. Ohne persönliche Übergabe wurde das als »Geheime Reichssache« deklarierte Abschlussgutachten am 9. Dezember 1939 an den Reichswirtschaftsminister erstattet. Ursprünglich hatte Josten in seiner Einladung zu einer letzten Aussprache für den 7. Dezember 1939 im Reichswirtschaftsministerium in Aussicht gestellt, »daß die Herren des Ausschusses im Laufe des 8. Dezember ihr Gutachten Herrn Staatssekretär Dr. Landfried persönlich überreichen.«⁵² Dazu kam es jedoch nicht. Eine offizielle Übergabe fand nicht statt, und die Professoren erhielten keinerlei Feedback. Dies hatte nicht zwangsläufig etwas damit zu tun, dass hier eine oppositionelle Meinungsäußerung totgeschwiegen werden sollte. Schließlich war das Gutachten unter Jostens Aufsicht entstanden und der Einstellung des Auftraggebers in gewisser Weise »angepasst« worden. Zudem waren die

49 W. Eucken u. a., Anschreiben (wie Anm. 6).

50 Aus dem Schreiben Lampes an Josten vom 1.3.1940 (ACDP 01-256-025) geht hervor, dass gerade Eucken und Lampe in der Diskussion über das Gutachten besonders unnachgiebig ihre eigene Position vertraten.

51 Günter SCHMÖLDERS, *Personalistischer Sozialismus. Die Wirtschaftsordnungskonzeption des Kreisauer Kreises der deutschen Widerstandsbewegung*, Köln/Opladen 1969, S. 26.

52 Einschreibe- und Eilbrief Jostens an Lampe vom 2.12.1939 (ACDP 01-256-025).

Gutachter mit ihrer Kritik nicht allein, denn es wurde auch von anderer Seite auf die Inflationsgefahren durch eine weitere Betätigung der Notenpresse hingewiesen, so in einer Denkschrift des Reichsbankdirektoriums vom Januar 1939 und in einer geheimen, an den Beauftragten des Vierjahresplans gerichteten Denkschrift von Preiskommissar Wagner vom 9. Februar 1939.⁵³ Außerdem wiesen auch andere Nationalökonomien in zahlreichen Untersuchungen in der Vorkriegszeit und dann unmittelbar nach Kriegsausbruch auf die Gefahren der Staatsverschuldung hin.⁵⁴

Dass das Gutachten nicht gewürdigt wurde, war angesichts des Kompetenz-Wirrwarrs in der Wirtschaftspolitik nicht verwunderlich. Auch eine parallel zum Professorenausschuss laufende Initiative des Stabs des Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft (eine in ihren überministeriellen Kompetenzen ohnehin zur Machtlosigkeit verurteilte Behörde⁵⁵) zur Klärung des Problems der Kriegsfinanzierung vom Oktober 1939 wurde vom Beauftragten für den Vierjahresplan, nachdem sie zunächst die Ministerialbürokratie beschäftigt hatte, kurzerhand mit der Begründung abgeschmettert, dass zu einer endgültigen Regelung der Kriegsfinanzierung die »Zeit noch nicht reif« sei.⁵⁶ Schließlich mag auch der weitere Machtverlust des wenig entscheidungsfreudigen Reichswirtschaftsministers Funk⁵⁷ dazu beigetragen haben, dass das Professorengutachten sang- und klanglos zu den Akten gelegt wurde. Funks Amt wurde zunehmend vom Vierjahresplan und von der Parteikanzlei abhängig – ein nur zwei Tage vor der Erstattung des Professorengutachtens ergangener Erlass, der das Nebeneinander von Vierjahresplan und dem Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft beseitigte, bewirkte de facto eine wirtschaftspolitische Machtsteigerung Görings, der nun die Gesamtlenkung der Wirtschaft übernahm.⁵⁸

Obwohl die Professoren keinerlei Antwort auf ihr Gutachten erhielten, zeigte die darin vertretene Position, die von einem Fachkollegen drei Jahre später so beurteilt wurde, dass sich wohl niemals zuvor die Finanztheorie »zu einer so bedingungslos puristischen Haltung bekannt« habe, doch eine gewisse Wirkung. Da – so der Fachkollege in seinem zeitgenössischen Urteil – auch die Finanzpraktiker von weitgehend ähnlichen Überzeugungen erfüllt waren, »wurden ganz ungewöhnliche Anstrengungen gemacht, um die Kriegskosten – und schon vorher: die Kosten der Aufrüstung – zu einem möglichst hohen

53 Vgl. W. A. BOELCKE, *Die deutsche Wirtschaft 1930–1945. Interna des Reichswirtschaftsministeriums*, Düsseldorf 1983, S. 223, Hans DICHGANS, *Zur Geschichte des Reichskommissars für die Preisbildung*, Düsseldorf 1977, S. 7.

54 Vgl. Willi A. BOELCKE, *Die Kosten von Hitlers Krieg*, Paderborn 1985, S. 133, s.a. S. 17.

55 Vgl. W. A. BOELCKE, *Wirtschaft* (wie Anm. 53), S. 227.

56 Vgl. BA R7/4236, Bl. 267–328.

57 W. A. BOELCKE, *Wirtschaft* (wie Anm. 53), S. 239.

58 EBD.

Anteil durch ordentliche Einnahmen zu decken.«⁵⁹ Tatsächlich zog die Reichsregierung, anders als die »Reichsleitung« zwischen 1914 und 1916, in der ersten Phase des Krieges auch die Steuererhebung zur Deckung des militärischen Bedarfs heran. Bereits wenige Tage nach Ausbruch des Krieges führte sie einen Kriegszuschlag zur Einkommen- und Lohnsteuer ein und unterwarf den Verbrauch von Bier, Branntwein, Sekt und Tabakwaren einer Kriegssteuer.⁶⁰

Folgewirkungen des Professorenausschusses: Kontakte zur Verschwörung

Inwieweit das Gutachten nun diesen kurzzeitig verfolgten Kurs der Wirtschaftspolitik mit initiierte und damit Wirkung zeigte oder nicht – maßgeblich für die spätere Entwicklung wirtschaftspolitischer Konzepte für den Widerstand war die Wirkung, die das ausbleibende Feed-back vonseiten des Ministers auf die beteiligten Professoren hatte, sowie die durch diesen erstmalig erfolgreichen Interventionsversuch entstandenen Kontakte. Die offizielle Missachtung des Engagements der Gutachter bewirkte eine resignative Stimmung. Lampe beschwerte sich bitter über die fehlende Resonanz und bekundete resigniert: »Nach einem guten Jahrzehnt wirklich unermüdlicher Versuche, die verantwortliche Praxis für ernsthafte (*immer* unbequeme!) Zusammenarbeit mit dazu berufenen Wirtschaftswissenschaftlern zu gewinnen, habe ich jetzt das Rennen aufgegeben in der Überzeugung, dass man nicht hören will, also fühlen muss.«⁶¹ Die Ankündigung blieb freilich eine leere Drohung. Lampe stellte zwar zunächst seine Interventionen beim Reichswirtschaftsministerium ein, blieb aber mit Ministerialrat Josten in Kontakt. So ist überliefert, dass er zu Beginn des Jahres 1943 mit ihm über Fragen einer Steuerreform diskutierte.⁶² Zu einer offiziellen Zusammenarbeit mit dem Reichswirtschaftsministerium kam es nicht mehr, obwohl Josten im Frühjahr 1944 sich darum bemühte, die Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath in die Arbeit des Mi-

59 Otto DONNER, *Die Grenzen der Staatsverschuldung*, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, 56 (1942 II), S. 183–226.

60 Fritz BLAICH, *Wirtschaft und Rüstung im »Dritten Reich«*, Düsseldorf 1987, S. 41.

61 Lampe an Josten, 28.3.1940 (ACDP 01-256-025)

62 Der sehr offene und freundschaftliche Schriftwechsel, aus dem hervorgeht, dass es auch zu einer persönlichen Aussprache in Berlin kam, ist erhalten im NL Lampes. Darin: Lampe an Josten, 5.3.1943, Josten an Lampe, 2.4.1943, Lampe an Josten 6.4.1943, Josten an Lampe, 9.4.1943, Lampe an Josten, 14.4.1943 (ACDP 01-256-017). Obwohl Lampe seine Briefe (bis auf sein letztes Schreiben) – vielleicht immer noch aus seiner Enttäuschung über die Missachtung der Gutachter Tätigkeit im Jahre 1939 heraus – an Jostens Privatadresse richtete und damit offensichtlich kund tat, dass es sich um einen privaten Gedankenaustausch handelte, ist eines seiner Schreiben (vom 5.3.1943) auch in den Akten des Reichswirtschaftsministeriums erhalten (BA R 7/4238), was darauf hindeutet, dass Josten die Diskussionsergebnisse auch »dienstlich« nutzte und der Austausch keineswegs einen konspirativen Charakter hatte.

nisteriums einzubinden. Dabei wandte er sich an Lampe, der als eine Art Geschäftsführer die Arbeit dieses Freiburger Kreises vorantrieb. Lampe reagierte brieflich auf dieses Ansinnen, wie einem Schreiben an Erwin von Beckerath zu entnehmen ist: »Bei Gelegenheit dieser Zeilen gebe ich Ihnen eine Durchschrift meiner Zeilen an Herrn Ministerialrat Josten. Ich glaube, dass auf diese Weise eine Form gefunden ist, die Herrn Josten nicht kränkt, uns aber freie Hand vorbehält, während andererseits doch auch eine gewisse Rückversicherungswirkung erzielt werden kann.«⁶³ Zwar ist die erwähnte Durchschrift nicht mehr erhalten, doch ist Lampes Formulierung zu entnehmen, dass er Josten eine Absage erteilte. – Von besonderer Bedeutung ist diese bislang nicht bekannte Kontaktaufnahme, als Josten zu diesem Zeitpunkt zum Mitarbeiterstab von SS-Gruppenführer Otto Ohlendorf gehörte, der seit November 1943 in der Funktion eines Hauptabteilungsleiters und ständigen Vertreters des Staatssekretärs im Reichswirtschaftsministerium tätig war und ohne das Wissen Hitlers systemkonforme Planungen zur Nachkriegswirtschaft vorantrieb.⁶⁴ Bislang war davon ausgegangen worden, dass die Freiburger von sich aus dazu tendiert hätten, sich an diesen Arbeiten zu beteiligen.⁶⁵ Dass die Freiburger hingegen nun nach ihren früheren Interventionsversuchen sogar eine Einladung zur Mitwirkung an offiziellen Planungen für die Nachkriegsordnung ausschlugen, kann als Zeugnis ihrer Desillusionierung und ihrer grundsätzlichen oppositionellen Haltung gegenüber dem NS-Regime interpretiert werden.

Ein instruktives Beispiel für den Wandel ihrer Einstellung zur Rolle der Wissenschaftler gegenüber der Politik ist Euckens Schrift »Nationalökonomie wozu?«, die 1938 in erster Auflage erschien und 1947 in einer revidierten Fassung.⁶⁶ Hatte Eucken noch 1938 eine aktive Rolle der Nationalökonomie in der Wirtschaftspolitik für unabdingbar erklärt, relativierte er in der Nachkriegsaufgabe diese Forderung deutlich. In der ersten Auflage hatte er formuliert, dass in Bezug auf die Marktregulierungen, die der Schaffung einer »wirklichen Ordnung der Märkte« dienen sollten, sich »große, praktisch wichtige Aufgaben der Wirtschaftswissenschaft« ergäben: Sie müsse »überall den Gedanken der Ordnung zur Geltung bringen«, ihr falle die Aufgabe zu, »die Idee einer Wirtschaftsverfassung« zu erfassen und bis in die Einzelheiten hinein auszuarbeiten. Dabei forderte Eucken kategorisch: »Weil das wirtschaftliche Sachgebiet besondere Forderungen stellt, ist die Mitwirkung der Wirtschaftswissenschaft bei der Ordnung der Wirtschaft unentbehrlich« und kam zu der Schlussfolgerung: »Gäbe es noch keine Nationalökonomie, so müsste sie jetzt

63 Lampe an v. Beckerath, 6.4.1944 (ACDP 01-256-017).

64 Vgl. D. RÜTHER (wie Anm. 1), S. 149ff.

65 So H. MOMMSEN (wie Anm. 24), S. 100.

66 Walter EUCKEN, *Nationalökonomie wozu?*, Leipzig 1938 (3. Aufl. Godesberg 1947).

geschaffen werden.«⁶⁷ Hingegen setzte sich Eucken dann in der Nachkriegsauflage mit der »sehr ernstesten Problematik« auseinander, »daß die Wissenschaft in den Dienst politischer Mächte tritt«, wodurch sie zum Werkzeug werde. Eucken zog nun die Folgerung, dass, bevor die Wissenschaft überhaupt der Politik diene und ihr Ratschläge gebe, sie fragen sollte, »wem sie dient«. Für die Wissenschaft sei es bedenklich, in die Wirtschaftspolitik hineinzuwirken, weil die Ergebnisse der »mit reinen Händen« arbeitenden Forschung »zu dunklen Zwecken verwandt werden« könnten. Trotzdem hielt er daran fest, dass zur Lösung der bestehenden, über die politischen Tagesfragen hinausreichenden wirtschaftspolitischen Aufgaben die Mitwirkung der Wissenschaft erforderlich sei.⁶⁸

Die Versuche der Freiburger Nationalökonomien und Juristen, in den wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozess im Sinne ihrer Leistungswettbewerbstheorie zu intervenieren, stehen nicht nur durch ihr Scheitern und die damit verbundene offensichtliche Desillusionierung in Verbindung zur Widerstandstätigkeit. Bedeutsam wurde die Aktivität dadurch, dass die Professoren durch ihre fortgesetzten Interventionen sowohl auf fachlicher Ebene wie im Bereich der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger nicht nur im fachlichen Diskurs präsent blieben, sondern zahlreiche Kontakte, vor allem auch zu Mitgliedern bzw. späteren Akteuren des Widerstandes, knüpfen konnten. Dem Professorenausschuss kommt in dieser Hinsicht eine Schlüsselrolle zu: Durch ihn kamen die Freiburger Professoren insbesondere mit Jens Jessen in Verbindung. Der Nationalökonom, der dann in den vierziger Jahren unter dem Decknamen »Nordmann« an allen wichtigen Besprechungen über den Sturz des Regimes beteiligt war und nach dem 20. Juli aufgrund seiner Verwicklung in das Attentat hingerichtet wurde, blieb mit den Freiburger Professoren seit dieser gemeinsamen Tätigkeit in Kontakt. Dabei beschränkte Jessen sich nicht auf eine gleichsam wohlwollende Betrachtung der oppositionellen Aktivitäten der Freiburger aus der Ferne.⁶⁹ Vielmehr wirkte er, was bisher der Forschung verborgen geblieben ist, auch an dem Projekt einer »Volkswirtschaftsfibel« mit, über die, da sie bis jetzt als verschollen galt, nur bekannt war, dass von Dietze, Eucken und Lampe sie etwa 1942/43 verfasst hätten.⁷⁰ Des Weiteren kam aufgrund des Vortrags des Preußischen Finanzministers vor dem Professorenausschuss ein Kontakt zu Johannes Popitz zustande, der frühzeitig in die

67 W. EUCKEN; *Nationalökonomie*, 1. Aufl. (wie Anm. 66), S. 53ff.

68 W. EUCKEN, *Nationalökonomie*, 3. Aufl. (wie Anm. 66), S. 62ff.

69 Vgl. Christine BLUMENBERG-LAMPE, *Das wirtschaftspolitische Programm der »Freiburger Kreise«. Entwurf einer freiheitlich-sozialen Nachkriegswirtschaft. Nationalökonomien gegen den Nationalsozialismus*, Berlin 1973 (Diss. Freiburg 1973), passim.

70 Dieses Dokument wurde im Rahmen der Recherchen für die diesem Aufsatz zugrunde liegende Dissertation wiederaufgefunden. Vgl. dazu D. RÜTHER (wie Anm. 1), S. 287ff.

Verschwörung involviert war und wie Jessen nach dem Attentat auf Hitler zum Tode verurteilt wurde. Für Popitz war das Professorengutachten offensichtlich der Anstoß, sich auf einer breiteren Ebene mit wirtschaftspolitischen Fragen auseinander zu setzen. Der Preußische Finanzminister, der bereits seit Jahren ein kleines Institut – im Prinzip ein »Ein-Mann- (richtiger: Frau-)Institut« – protegierte, das sich mit wirtschaftspolitischen Reformvorschlägen befasste, machte das Gutachten zum Ausgangspunkt einer Sammlung von Denkschriften zu Wirtschaftsfragen, die er laufend fortführte und in Diskussionen mit seinem Arbeitskreis, dem neben der Mitarbeiterin des erwähnten Instituts auch Jens Jessen angehörte, für künftige Perspektiven auswertete.⁷¹ Bislang nicht bekannt war, dass Popitz - vermutlich im Zusammenhang mit seinen Erfahrungen mit dem Professorenausschuss – der Fachkompetenz der Freiburger Nationalökonominnen eine solche Bedeutung beimaß, dass er ihnen zu Beginn der vierziger Jahre einen Reformentwurf aus seinem Arbeitskreis zur Diskussion und Begutachtung vorlegte.⁷²

Mittelbar brachte der Professorenausschuss weitere Kontakte zur engeren Verschwörung, denn Jessen sorgte für eine Art Institutionalisierung des Professorenausschusses auf breiterer Ebene. Auf sein Betreiben hin und unter seiner Führung schlossen sich die Nationalökonominnen in der Akademie für Deutsches Recht, die sich bereits innerhalb der Klasse III Mitte 1938 unter ihm formiert hatten, am 10. Januar 1940 offiziell zu einer eigenen Klasse, der Klasse IV »Zur Erforschung der völkischen Wirtschaft«, zusammen.⁷³ Nicht nur der enge zeitliche Zusammenhang, nach dem es so scheinen will, als habe sich die Tätigkeit der Nationalökonominnen nahtlos vom Professorenausschuss zur Akademie für Deutsches Recht fortgesetzt, spricht dafür, dass er ein unmittelbarer Vorläufer der neuen Klasse IV war. Zum einen fällt auf, dass alle Mitglieder des Professorenausschusses bis auf Hasenack und die Freiburger Eucken und Lampe schon vor 1939 der Klasse III der Akademie an-

71 Die Sammlung ist in Popitz' Nachlass erhalten. Signifikanterweise befindet sich die 1. Ausfertigung des Professorengutachtens darin (BA NL 262/106). Vgl. Gerhard SCHULZ, *Über Johannes Popitz (1884–1945)*, in: *Der Staat*, 24 (1985), S. 500; sowie DERS., *Johannes Popitz*, in: *20. Juli – Porträts des Widerstandes*, hg. v. Rudolf LILL/Heinrich OBERREUTER, München 1989, S. 249.

72 Vgl. D. RÜTHER (wie Anm. 1), S. 423ff.

73 Vgl. *Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht*, in deren Ausgabe vom 1.7.1938 gemeldet wurde, dass der Präsident der Akademie aus Anlass der 5. Jahrestagung eine Reihe von Professoren der Wirtschaftswissenschaft in die Akademie berufen habe, womit die Zahl der in Klasse III der Abteilung für Rechtsforschung der Akademie vereinigten Vertreter der Wirtschaftswissenschaften auf eine arbeitsfähige Gruppe angewachsen sei. Frank habe Jessen zum Leiter dieser Gruppe bestellt »mit dem Auftrag, im Rahmen der Akademie für Deutsches Recht nunmehr auch die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsarbeiten stärker zu fördern«; vgl. Dennis LeROY ANDERSON, *The Academy for German Law, 1933–1944*, New York/London 1987, S. 373f.

gehörten⁷⁴ und dass nach der Konstituierung der Klasse IV alle Unterzeichner des Gutachtens Mitglieder der Klasse IV waren.⁷⁵ Unzweifelhaft ist daher, dass die Freiburger Nationalökonomien durch den Professorenausschuss den Weg in die Akademie für Deutsches Recht fanden. Sicherlich warb Jessen, der bestrebt war, alle namhaften Fachkollegen in seiner Gruppe zusammenzufassen, die Freiburger Nationalökonomien für seine neue Klasse. Dass er bereits bei der personellen Zusammensetzung des Professorenausschusses seine Hände im Spiel hatte, legt ein Schreiben an Heinrich Lange vom 8.11.1939 nahe, in dem Jessen berichtete, dass es ihm gelungen sei, den verfügbaren Teil der Mitglieder seiner Gruppe bei einer ihm vom Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft übertragenen Aufgabe einzuspannen.⁷⁶ Weiteres Indiz dafür, dass der Professorenausschuss ein Vorläufer der Klasse IV war, ist ein in den überlieferten Akten der Akademie befindlicher Bericht über diese Klasse, der dokumentiert, dass sie bereits während ihrer Gründung »im Herbst und im Winter 1939/40 im Auftrage des Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft, Reichswirtschaftsminister Funk, tätig geworden« sei und »zwei geheime Gutachten über die Finanz- und Preispolitik während des Krieges erstattet [habe], die als Unterlage für wichtige Maßnahmen der deutschen Kriegswirtschaft« gedient hätten.⁷⁷ Mit großer Wahrscheinlichkeit handelte es sich bei einem der Gutachten um das des Professorenausschusses.

Als Vorläufer der Klasse IV der Akademie für Deutsches Recht kamen über den Professorenausschuss mittelbar die Querverbindung der Freiburger Kreise zum Kreisauer Kreis, nämlich zu Peter Graf Yorck von Wartenburg und zu Günter Schmölders, zustande, die beide zusammen mit den Freiburger Professoren an Arbeitsgemeinschaften der Akademie für Deutsches Recht beteiligt waren. Außerdem wurde zu dem mit von Dietze seit der gemeinsamen Zeit an der Universität Jena bekannten Gerhard Albrecht der Kontakt geknüpft, der wiederum in Verbindung stand zu den ehemaligen christlichen Gewerkschaftern um Jakob Kaiser.⁷⁸

Von Relevanz für die Widerstandsaktivitäten auf dem Gebiet der Diskussion und Konzeption wirtschaftspolitischer Pläne ist die Akademie für Deutsches

74 S. die Mitgliederliste der Klasse III und Klasse IV [undatiert], BA R61/29, Bl. 177ff.

75 Berkenkopf gehörte der Arbeitsgemeinschaft Preispolitik an, Eucken der AG Volkswirtschaftslehre, Hasenack der AG Geld und Kredit, Lampe der AG Preispolitik, von Stackelberg der AG Volkswirtschaftslehre, Stucken der AG Geld und Kredit, Teschemacher der AG Finanzwirtschaft/Finanzgeschichte. Jessen war nicht nur Klassensekretär der Klasse IV, sondern auch aktiv in der AG Finanzwirtschaft/Finanzgeschichte (Mitgliederverzeichnisse der Arbeitsgemeinschaften), BA R 61/100, Bl. 18 ff.).

76 BA R 61/98, Bl. 6.

77 »Klasse IV: »Zur Erforschung der völkischen Wirtschaft«, Klassensekretär: Prof. Dr. Dr. Jessen, Berlin«, o.V., o.D., o.S., masch. geschr., BA R 61/100, Bl. 16f.

78 Tilman MAYER, *Ein christlicher Gewerkschafter im Widerstand. Jakob Kaiser und der 20. Juli 1944*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 41 (1993), S. 602.

Recht und insbesondere die auf Betreiben von Jessen konstituierte Klasse IV insofern, als sie ein Forum aller der Professoren wurde, die darum bemüht waren, eine seriöse Wissenskultur im überkommenen Sinne zu erhalten⁷⁹, indem sie Raum für fachwissenschaftliche, von politischen Maximen weitgehend unbeeinflusste Diskussionen bot, in denen auch Kritik an der verfolgten (Wirtschafts-)Politik offen geäußert wurde – und das vor einem Publikum, in dem einige Persönlichkeiten des Widerstandes vertreten waren. Damit waren günstige Bedingungen dafür gegeben, dass die Ideen der Leistungswettbewerbstheorie Eingang in die wirtschaftspolitischen Diskussionen der Widerstandsbewegung fanden. Die Freiburger NationalökonomInnen wurden in der Folge von den unterschiedlichen Gruppierungen der engeren Verschwörung, von Goerdeler, dem Kreisauer Kreis und von Johannes Popitz als Fachleute in wirtschaftspolitischen Fragen konsultiert. Ihr Einfluss ist in der Entwicklung der wirtschaftspolitischen Vorstellungen und Pläne der Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944 deutlich nachweisbar.⁸⁰

Dass die scheinbar wenig bedeutende Episode des Professorenausschusses eine wichtige Rolle für diese Entwicklung spielt, sie die Freiburger NationalökonomInnen dem Widerstand des 20. Juli als wirtschaftspolitische Berater empfahl, dafür liefert auch das Tagebuch des Diplomaten Ulrich von Hassell einen bislang nicht beachteten Beweis. Obwohl sich die Tätigkeit des Ausschusses unter Ausschluss der Öffentlichkeit vollzog und das Abschlussgutachten als »Geheime Reichssache« klassifiziert wurde, gelangten der Tenor des Gutachtens und die Umstände seiner Entstehung auch von Hassell zur Kenntnis. Er verzeichnete in seinem Tagebuch unter dem 5. Dezember 1939, dass nach dem Bericht von Walther Goetz (1933 emeritierter Historiker) »vor kurzem« eine Konferenz von Finanzsachverständigen nach Berlin einberufen worden sei, die zu einer sehr pessimistischen Beurteilung der Kriegsfinanzierung gekommen sei. Schließlich habe man ein Gutachten angenommen, das versucht habe, wenigstens nicht gänzlich negativ Stellung zu nehmen.⁸¹

79 Siehe die Bemerkung Lampes in seinem Schreiben an General Thomas vom 10.3.1942, dass sein Berliner Kollege Jessen in der Klasse IV der Akademie »wohl fast alle deutschen Wirtschaftswissenschaftler zusammengefasst« habe, »die heute noch Anspruch darauf erheben dürfen, ernst genommen zu werden« (BA MA Freiburg i.Br. RW 19/1958). Vgl. die retrospektive Darstellung von Günter SCHMÖLDERS, *In memoriam Jens Jessen (1895–1944)*, in: *Schmollers Jb.*, 69 (1949), S. 9.

80 Vgl. D. RÜTHER (wie Anm. 1), passim.

81 *Die Hassell-Tagebücher 1938–1944*, hg. v. Friedrich FREIHERR HILLER VON GAERTRINGEN, Berlin 1988, S. 148. Dass von Hassell von der Tätigkeit des Professorenausschusses wusste, hatte indes keine dokumentarisch nachweisbaren Konsequenzen für eine potentielle Querverbindung zu den Freiburger Kreisen.